# SOZIALISMUS EWEGUNG

129, 3000 Bern 23; bfs-be@bluewin.ch ● MPS-BFS,

# Imperialisten raus aus dem Irak!

Wie in jeder Armee zählt auch in der amerikanischen der Selbstmord von Soldaten zum Tagesgeschäft der höheren Offiziere. Es gibt Zusammenhänge zwischen dem Töten und dem sich selbst Töten. Doch wenn Soldaten, anstatt als Befreier begrüsst zu werden, jeden Tag Angriffe durch bewaffnete Gruppen mit Tausenden Verletzten und Hunderten Toten erleiden, und wenn die Bevölkerung des Landes, in diesem Falle des Irak, ihre Anwesenheit auf vielfältige Art und Weise missbilligt, dann gibt es wirklich ein ernsthaftes Problem.

Das Ausmass dieses Problems lässt sich an einer Nachricht der New York Times vom 15. Januar messen: Mindestens 21 Soldaten haben sich im Irak im vergangenen Jahr das Leben genommen. Das Wort "mindestens" verwendet die grosse Tageszeitung der New Yorker Bourgeoisie aus einem einfachen Grund: Es handelt sich um Zahlen des durch Donald Rumsfeld geleiteten Verteidigungsministeriums, der für seine Politik der Globalisierung der Lügen bekannt ist.

Es ist also nicht zu übersehen, dass die Besetzung des Irak durch den amerikanischen Imperialismus -Unterstützung untergeordneter Kräfte wie die italienischen, spanischen, polnischen oder ukrainischen Truppen – durch eine nationale Widerstands- und Befreiungsbewegung bekämpft wird. Ohne Zweifel besteht diese Bewegung aus sehr heterogenen Kräften. Entscheidend ist aber die gemein-Ablehnung einer erneuten imperialistischen Kolonialisierung. Nach dem Ende der Diktatur Saddam Husseins und seiner Baath-Partei gibt sich die irakische Bevölkerung keineswegs damit zufrieden, in der Person des ehemaligen hochrangigen CIA-Agenten Paul Bremer III (er zählt zu den illustren Gästen des WEF) einen amerikanischen Statthalter vor die Nase gesetzt zu erhalten, sowie eine Phantomregierung, die mit dem Ziel ausgewählt wurde, die Bevölkerung zu spalten und ethnisch-religiöse Konflikte zu entfachen, damit die Besetzungsmächte um so besser über das Erdöl herrschen können.

## Der Irak seit 1973 im Fadenkreuz des Imperialismus

Was das Erdöl angeht, so lassen sich die harten Fakten immer weniger hinter dem Schall und Rauch der Propaganda verbergen, welche den ersten Golfkrieg (1990-91), das mörderische Embargo gegen die irakische Bevölkerung (mit Hunderttausenden Todesopfern, vor allem Kinder), den jüngsten Krieg (Frühjahr 2003) und nun die Besetzung eines Landes umhüllen, in dem weite Gebiete auf Jahrhunderte hinaus durch das abgereicherte Uran verpestet sind, mit dem die Munition der amerikanischen Flugzeuge und Panzer angereichert (!) wurde. Wer will behaupten, dass die USA den Irak von einer Diktatur – niemand ausser einigen nationalistischen und stalinistischen Dinosauriern bestreitet, dass es sich wirklich um eine Diktatur handelte – befreien wollten, um das Land daraufhin auf Jahrhunderte hinaus durch Krebs förderndes Uran zu zerstören?

Zurück zum Erdöl. In dieser Hinsicht sind zwei Enthüllungen aus jüngster Zeit von grosser Bedeutung.

Erstens haben die britischen Geheimdienste am 1. Januar 2004 interessante Dokumente frei gegeben. Nach dem israelisch-arabischen Krieg von 1973, als die USA durch den Watergate-Skandal erschüttert wurden (Präsident Nixon hatte die Führung der Demokratischen Partei bespitzeln lassen) und die Erdölpreise in die Höhe schnellten, sind zwei viel sa-

gende Dinge geschehen. Nixon versuchte mit allen Mitteln (das berühmte "Saturday Night Massacre"), noch mehr Macht in seinen Händen zu konzentrieren, in dem er den für die Ermittlungen im Fall Watergate zuständigen Staatsanwalt Archibald Cox ausmanövrierte. Vizepräsident Spiro Agnew musste auf Grund eines Korruptionsskandals zurücktreten. Wir sind hier nicht allzu weit von den Methoden eines G.W. Bush entfernt, und seines Vizepräsidenten Dick Cheney, Chef der Firma Halliburton, welche die Erdölinfrastruktur des Irak "wieder aufbaut" und die amerikanischen Truppen ernährt, dies alles zu überhöhten Preisen.

In dieser babylonisch anmutenden Stimmung in Washington liess Verteidigungsminister James Schlesinger, dessen Platz heute Donald Rumsfeld einnimmt, den britischen Botschafter Lord Cromer ohne Umschweife wissen, dass die USA angesichts der hohen Erdölpreise möglicherweise militärisch intervenieren müssten, um sich als industrialisiertes (auf Erdöl angewiesenes) Land nicht weiterhin durch unterentwickelte und unterbevölkerte Länder an der Nase herumführen zu lassen. Ein Diskurs, in dem der alte klassische Kolonialherr spricht, mit seinem eigentümlichen rassistischen Unterton. Die Briten waren teilweise mit dieser Sicht der Dinge einverstanden. Allerdings befürchteten sie, dass die Iraker mit Unterstützung sowjetischer Truppen (die 1968 ihre Handlungsfähigkeit bewiesen hatten, als sie Hunderte von Panzern in die Tschechoslowakei einflogen, um das Land zu besetzen und die soziale und demokratische Bewegung zu unterdrücken) vor allem in Kuwait eine unkontrollierbare und gefährliche militärische Front eröffnen könnten. Deshalb erschien es ihnen angebrachter zu verhandeln. Und in der Tat hoben die korrupten und teilweise mit den USA liierten arabischen Eliten im April 1974 die Begrenzung der Erdöllieferungen wieder auf.

Vergessen wir nicht, dass Vizepräsident Richard (Dick) Cheney und Verteidigungsminister Donald (Rummy) Rumsfeld ihre politische Karriere in der Administration von Präsident Nixon begonnen haben. Zu Beginn der 90er Jahre waren sie die ersten, die eine militärische Offensive der USA im Nahen Osten und in Zentralasien gefordert haben.

Es zeigt sich, dass in dieser ganzen Geschichte Saddam Hussein nur eine Nebenrolle gespielt hat. Amerikanische, französische, deutsche und schweizerische Unternehmen verkauften ihm eine Zeit lang alle möglichen Waffen und Produkte. Rumsfeld hat ihm ebenso die Hand geschüttelt wie Chirac. Und eine sich zur Linken zählende Organisation wie die POCH (Progressive Organisation Schweiz) stattete damals Bagdad politische Besuche ab! Was den Imperialismus seit jeher interessiert, ist und bleibt die Kontrolle über eine strategisch entscheidende Region und ihre Reichtümer, nicht nur das Erdöl.

### Das imperialistische Kapital will seine Hegemonie ausbauen

Die zweite Enthüllung hat uns der ehemalige Finanzminister der USA (der amerikanische Merz), Paul O'Neill, geliefert. Er hat dem Journalisten Ron Suskind wichtige Dokumente übergeben.

Suskind hat ein Buch mit dem Titel *The Price of Loyalty* (der Preis der Loyalität) geschrieben, über das der amerikanische Kanal MSNBC in einer 60minütigen Sendung ausführlich berichtete. Die wichtigsten Akteure der heutigen Administration Bush haben sich seit 1998 schriftlich an Präsident

Clinton und den Präsidenten des Repräsentantenhauses (den amerikanischen Nationalratspräsidenten), Trent Lott, gewendet und eine militärische Intervention im Irak verlangt. Rumsfeld und sein heutiger Stellvertreter Wolfowitz setzten sogar beim reaktionären Newt Gingrich nach. Ihre Propagandakampagne begann, bevor sie an die Macht gekommen sind, auf dem Fernsehkanal Fox News und in der einflussreichen Wochenzeitung der Hardliner der amerikanischen Rechten: im Weekly Standard des neokonservativen Fundamentalisten William Kristol.

Ihre Ziele sind mit jenen Kreisen verknüpft, die in den 1950er Jahren als militärisch-industrieller Komplex bezeichnet wurden, und deren Netzwerke sich unter dem Einfluss der neuen Technologien und der Erdöl- und Petrochemie-Lobby wie die Tentakeln einer Krake immer weiter ausbreiten. Es geht darum, der Rüstungsindustrie neuen Schwung zu verleihen und von der aktuellen Lage zu profitieren, um das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert des amerikanischen Imperialismus zu machen, dessen Wirtschaft nicht so stark ist, wie sie es behaupten.

Anders gesagt sollten die Bedürfnisse des amerikanischen imperialistischen Kapitals nach der langen Phase einer offenen Krise zwischen 1975 und 1995 (Beginn des angeblichen "Booms der neuen Technologien", der 2001 wieder zu Ende ging) durch mehrere grosse Projekte befriedigt werden: direkte militärische Kontrolle von Regionen; wirtschaftliche Unterwerfung ganzer Regionen der Welt mit Hilfe von WTO und ALCA/FTAA (Panamerikanische Freihandelszone); Ausbau der Hegemonie auf den Finanzmärkten, gestützt auf die Wall Street sowie die gigantischen Bankkonzerne, wie sie zum Beispiel durch die jüngste Fusion von J.P. Morgan Chase und Bank One entstehen, die mit der Nummer Eins der Welt, der Citibank, rivalisieren können; massive Aufrüstung der amerikanischen Armee, um sie auf die vielfältigen Aufgaben beim Einsatz auf weltweiter Ebene vorzubereiten: Der "Kampf gegen den Terrorismus" dient dabei als Deckmantel für modernisierte Techniken der Unterdrückung von aufständischen Bevölkerungen und für den Einsatz von "Mini-Atombomben", wenn die politischen Machtdemonstrationen nicht ausreichen.

Die durch O'Neill weitergereichten Dokumente beweisen, dass der Krieg gegen den Irak bereits vor dem 11. September geplant war und nichts mit den angeblichen Beziehungen Saddam Husseins zu Usama bin Laden oder den "Gefahren für die innere Sicherheit" zu tun hatte. Dieser Krieg hatte viel mehr mit der "Notwendigkeit, die Welt zu verändern" zu tun, wie Bush es in einem Streitgespräch mit dem demokratischen Kandidaten Al Gore im Oktober 2000 ziemlich offen formulierte und auf seine Art an der gemeinsamen Pressekonferenz mit Tony Blair am 31. Januar 2003 wiederholte, zwei Monate vor Beginn des Krieges.

Daraus können wir schliessen, dass der Krieg im Irak nur ein Glied in einer Kette ist. Weitere Kriege in verschiedenen Formen werden folgen, falls der amerikanische Imperialismus und seine Verbündeten nicht durch einen zahlreichen und vielfältigen Widerstand auf weltweiter Ebene bekämpft werden. Die Pläne zum Sturz von Chavez in Venezuela sind ebenso Teil dieses Krieges wie die Unterdrückung der Gewerkschaften durch Nestlé und Coca Cola in Kolumbien. Es handelt sich auch um einen sozialen Krieg, der die kleinen Bauern in den Ländern des Südens erdrückt oder zu Massenentlassungen überall auf der Welt führt. Dies alles geschieht im Namen der industriellen

### Bewegung für den Sozialismus

Ich möchte über die Aktivitäten der BFS informiert werden	
Name: Vorname:	
Strasse:	
PLZ, Ort:	
Adressen · siehe Titelseite	/2004

Wettbewerbsfähigkeit der G7-Staaten, zu denen auch die Schweiz zu zählen ist, deren ausgeprägt imperialistischer Charakter sich in den ausländischen Direktinvestitionen auf der ganzen Welt ebenso äussert wie in der Rolle, die sie (ihre Banken und Versicherungen) in den internationalen Finanzinstitutionen spielt.

### Out now

Der amerikanische Imperialismus wird im Irak durch eine nationale Widerstandsbewegung bekämpft, die verschiedene Mittel einsetzt und politisch sehr heterogen ist. Als Antwort darauf verfolgen die Administration Bush und ihr Statthalter Bremer III folgende drei Strategien.

- 1. Sie versuchen mit der Hilfe von Sektoren der etablierten irakischen Bourgeoisie, vertreten durch Personen wie Adnam Pachachi (ehemaliger Minister und eigentliche Inkarnation des nationalen Bürgertums), die UNO stärker in die formale Legitimierung einer irakischen Phantomregierung zu verwickeln. Die USA wollen an den Hebeln der militärischen und ökonomischen Macht bleiben, während die jenseits von wirklich demokratischen Regeln zusammengesetzte Regierung dazu dienen soll, den nationalen Widerstand zu brechen (was das deutsche Regime im Zweiten Weltkrieg in Frankreich mit Hilfe von Pétain zu erreichen versuchte) und eine Vermittlerposition gegenüber Frankreich und Deutschland einzunehmen, die sich an dem für die USA politisch wie finanziell kostspieligen Unterfangen beteiligen sollen. Das alles unter dem Deckmantel des Duos NATO-UNO. Hier wird wieder einmal die Rolle der UNO und ihres Sicherheitsrates klar erkennbar: Es handelt sich um Institutionen, welche die grossen Mächte kontrollieren, allen voran die USA, und die sie zu ihren Zwecken einsetzen, wenn dies nützlich erscheint. Wer in der Schweiz die UNO verändern will, aber es zugleich für unmöglich hält, die Sozialpolitik des Bundesrats auch nur ein bisschen zu ändern, sollte sich ernsthaft Gedanken über seinen/ihren angeblichen Realismus machen...
- 2. Parallel dazu verschärfen sie die Bekämpfung des Widerstands, welche sich nicht nur gegen die bewaffneten Angriffe richtet, sondern gegen alle sozialen Kämpfe, die Demos und Organisationen der Arbeitlosen (UUI) und die Gewerkschaften (IFTU). Soziale Repression und Privatisierung gehen Hand in Hand. Eigentlich wollen sie in Zukunft im Irak eine Politik à la Reagan und Bush umsetzen, im Namen der Demokratie und mit den dazu notwendigen Unterdrückungsmassnahmen. Aber vorerst führen sie einen Besetzungskrieg.
- 3. Verschiedene neue Kreise, die aus dem irakischen Wirrwarr an die Oberfläche stossen, versuchen an die Macht zu gelangen. Die Amerikaner werden den Schiedsrichter zu spielen versuchen, während diese Schichten ihre Basis mobilisieren, wie der schiitische Führer Ali al-Sistani am 15. Januar. Um die Unterstützung von reaktionären Kreisen zu gewinnen, hat die provisorische amerikanische Verwaltung (Bremers CPA) sogar das Tragen des Schleiers für obligatorisch erklärt... Dagegen haben kürzlich Tausende von Frauen im Irak demonstriert.

Für die Bewegung gegen den Krieg und die imperialistische Besetzung des Irak ist es wichtiger als jemals zuvor, die Widerstandsbewegung, die Massenmobilisierungen, die Forderungen zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung und vor allem jene Kräfte zu unterstützen, die in den USA und in Grossbritannien verlangen, dass die Truppen unverzüglich abgezogen werden: Out now!

In der Schweiz müssen wir die als "humanitäre Hilfe" verkleidete Unterstützung einer undemokratischen irakischen Regierung anprangern, weil sie zu deren Legitimierung beiträgt. Dies geschieht in der besten Tradition des helvetischen Imperialismus. Keine "humanitären Operationen", bevor die Iraker/innen wirklich eine demokratische konstituierenden Volksversammlung gewählt haben!

Kommt alle an die Demo gegen Krieg und Besatzung im Irak und zur Unterstützung der US-amerikanischen und britischen Familien von Soldaten gegen den Krieg: Am 20. März, Bern, 13.30 Uhr.